

politische Vorlage abhängig machen wolle. Unter dieser Voraussetzung ist es auch verständlich, daß die gouvernementale Presse es bisher vermieden hat, ihrer Befriedigung über die Verständigung in der Personenfrage Ausdruck zu geben. Die Entstaltung, mit welcher die „N. A. 3.“ die römische Mittelheilung der „Germania“ als die Leistung tendenzialwollener Parasiten bezeichnet, ist offenbar bestimmt, den Eindruck dieser Meldung abzuschwüchen. Erfreulicher Nachrichten scheint man freilich auch in Regierungskreisen nicht zu haben.

■ Berlin, 3. Februar. Über den Antrag Schorlemer-Alst-Bachem, den § 27 der Geschäftsordnung der Geschäftsordnungscommission mit allem dazu gehörigen Material, d. h. wohl mit einer vollständigen Uebersicht über die Anwendung dieses Paragraphen befreit Berichterstattung event. Formulierung einer alle Zwecke ausschließenden Fassung zu verweisen, entspricht durchaus der Haltung, welche das Centrum in der Sonnabendsgesamtbewilligung bei der großen Geschäftsordnungsdebatte eingehalten hat. Bekanntlich hatte der Abg. Windhorst zunächst den Antrag auf Verneinung der Frage an die Geschäftsordnungscommission gestellt. Erst nachdem dieser abgelehnt war, stimmte das Centrum für den Antrag Richter, den Antrag Achernbach und Gen. an die Budgetcommission zu überweisen. Ueberraschend wäre nur, wenn die Majorität, welche am Sonnabend behauptete, daß der § 27 der Geschäftsordnung auf den Antrag Achernbach nicht anwendbar sei, jetzt noch für den Antrag Schorlemer stimmen sollte, der doch nur dann einen Sinn hat, wenn man die Anwendbarkeit des § 27 als zweifelhaft ansieht. Durch die Annahme des Antrages Schorlemer würde die Majorität annehmen, daß sie am Sonnabend leichtes Herzens über die Geschäftsordnung hinweggegangen ist. Gleichwohl scheint man nachträglich für die Klarstellung der Sach eintreten zu wollen, wenigstens hat sich der nationalliberale Abgeordnete Ennecerus beeilt, für den Fall der Annahme des Antrages Schorlemer einen Antrag auf Verstärkung der Geschäftsordnungscommission durch 7 Mitglieder anzukündigen.

* [Der Kaiser] hat für das Heim für deutsche Erzieherinnen in Paris die Summe von 10 000 M. an den Schatzmeister des Comites, Herrn von Hansmann, geplant.

Berlin, 3. Februar. Dem Landtage ist, wie bekannt, eine Vorlage betr. die Ertheilung der fünfsten Rangklasse an die Lehrer der staatlichen höheren Lehranstalten und die dadurch notwendig werdende Erhöhung der Wohnungsgeld zu schließen gegangen. Es wird dadurch die Frage wieder nahe gerückt, ob nicht endlich eine einheitliche geistige Lösung der Wohnungsgeldfrage herbeigeführt werden soll. Die Lehrer von kommunalen Bollanstalten, an denen noch jetzt kein Service gezahlt wird, haben daher ihre Lage und Beihilfengesetz erörtert, die auch dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist. Ihr Wunsch ist Gleichestellung mit den Collegen an staatlichen Anstalten hinsichtlich des Wohnungsgeldzuflusses und sie hoffen auf die Initiative des Abgeordnetenhauses.

* [Der Reichskanzler] erläutert in der „Nordd. Allg. Zeit.“ folgendes:

Aus Anlaß der Debatte im Abgeordnetenhaus sind mir so zahlreiche Zustimmungsschriften und „Telegramme“ augegangen, daß ich außer Stande bin, auch ferner eine jede Dielenkundgebung besonders zu beantworten.

Alle Dielenkundgebungen, welche mich durch den Ausdruck ihres Einverständnisses mit den nationalen Zielen unserer Politik erfreut haben, bitte ich, meinen verbindlichen Dank auf diesem Wege entgegennehmen zu wollen. v. Bismarck.

Interessant sind die Worte „auch ferner“. Es müssen da doch wohl noch mehr Zustimmungskundgebungen erwartet werden. Deutlich genug ist diese Wendung.

* [Die Verlängerung des Socialistengesetzes auf 5 Jahre], wie sie in der neuen Vorlage verlangt ist, gefällt auch den Nationalliberalen nicht. So schreibt die „Wagn. Zeit.“: „Als vor zwei Jahren von der Reichsregierung die Verlängerung des Socialistengesetzes um nur zwei Jahre nachgesucht wurde, hob Herr v. Putzamer als Grund für diese Verkürzung auf eine kürzere Frist ausdrücklich hervor, daß die verbündeten Regierungen hofften, manchem die Zustimmung zu dem Gesetz zu erleichtern, wenn sie ihm Gelegenheit gäben, sich nach zwei Jahren bereits zu überzeugen, ob die Regierungen sich entsprechend den Instructionen und der Vollmacht, die ihnen durch das Gesetz übertragen worden, verhalten hätten oder nicht. . . . Es muß allerdings Wunder nehmen, daß diesmal trotzdem die Verlängerung des Socialistengesetzes um fünf Jahre verlangt werden soll; und es ist begreiflich, daß dieser Schritt dem Gericht auf's Neue Nahrung gibt, es komme der Regierung nur darauf an, ein Kampfmittel für den Fall einer etwaigen Reichstagsauflösung zu gewinnen. Was jetzt von offizieller Seite über die Motivierung der neuen Vorlage verlautet, ist nicht geeignet, eine besondere Rechtfertigung für die außerordentliche Terminkürzung zu erbringen. Das Anwachsen der socialdemokratischen Mandate im Reichstage hat der Reichskanzler selbst für keine gefährliche Erscheinung erklärt. Richtig ist es allerdings, daß die sozialdemokratische Fluth wieder im Steigen begriffen ist. Das Auftauchen von kleinen Zeugen sozialdemokratischer Tendenz ist der beste Beweis dafür. Richtig ist es aber auch, daß Schritte der Reichsregierung, wie das beim Bundesrat eingebrachte Branntweinmonopol, das weite Kreise von Gewerbetreibenden in einer gesicherten Existenz bedroht. Unruhe und Unzufriedenheit erzeugen und somit der sozialistischen Bewegung in die Hände arbeiten müssen.“

Hoffentlich wird die Partei, wenn es zur Entscheidung kommt, ihre Haltung nach diesen Bedenken einrichten.

* [Volkszählungsergebnisse.] Nach dem vorläufigen Ergebnis der letzten Volkszählung hatten am 1. Dezember v. J. 196 preußische Städte mehr als 10 000 Einwohner, während sich die ortsanwesende Bevölkerung dieser Städte auf 7 006 220 Personen stellt. Das endgültige Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1880 wies 176 solcher Städte mit 6 074 533 ortsanwesenden Bewohnern nach und die ortsanwesende Bevölkerung jener 196 Städte betrug damals 6 260 382 Personen. Während der letzten 5 Jahre haben somit im preußischen Staate 20 Städte die Zahl von 10 000 Einwohnern erreicht bzw. überschritten, und die Bevölkerung der jetzt dieser Größenklasse zugehörigen Städte hat sich während dieses Zeitraums um 745 838 Personen oder jährlich im Durchschnitte um 2,28 Proc. ihres anfänglichen Bestandes vermehrt. Die Volkszählung ist indessen auch keine allgemeine und gleichmäßige gewesen, sondern hat namentlich die großen Verkehrscentren betroffen; bei nem Städten (Stralsund, Bielefeld, Memel, Schleswig, Sorau N.-L., Rendsburg, Torgau, Spremberg und Braunsberg i. Ost.) liegt sogar ein tatsächlicher Rückgang der Bevölkerungszahl vor. Von diesen Städten zeigten zwei (Bielefeld und Memel) schon 1880 eine Verminderung der Bevölkerung gegen 1875.

* [Sozialdemokratie und Religion.] Dass der im Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie vor vierzehn Tagen veröffentlichte Vorschlag auf

Aushebung des die Religion zur „Privatsache“ erklärenden Programmsatzes und Erhebung desselben durch einen der Kirche den Krieg verlegenden Basis entschieden Widerstand begegneten werde, war um so eher vorauszusehen, als die Sozialdemokratie gerade in der jüngsten Zeit vermehrte Anstrengungen gemacht hat, der Centrumspartei Terrain abzugeben. Die Missbilligung jenes Vorschlags scheint eine ganz allgemeine zu sein, denn in seiner neuesten Nummer verwahrt sich der „Socialdemokrat“ unter Hinweis auf die in der gegnerischen Presse daran geknüpften Bemerkungen gegen die Ausschaffung, als habe sein Stillschweigen eine Zustimmung bedeuten sollen. „Weit entfernt, dem Vorschlag des Genossen Haß zustimmen zu können“, erklärt das Partei-Organ ihn im Gegenteil entschieden bekämpfen zu müssen. Der Satz „Erklärung der Religion zur Privatsache“ sei nicht nur „Herumdrücken“ um die Frage der Religion, sondern er drücke einen ganz bestimmten Standpunkt zu dessen aus, einen weit bestimmteren, als die vom Genossen Haß formulirte Aenderung. Selbst die Notwendigkeit einer Aenderung des Parteiprogramms in der fraglichen Richtung zugegeben, würde sein Vorschlag unzulänglich sein. Dann lieber direct heraus mit der Sprache, dann lieber direct gefragt: Bekämpft die Religion. Damit aber würde die Sozialdemokratie zu einer religiösen Sekte herabsinken und sie müsste sich auch gegen den Punkt ihrer Forderungen erklären, welcher die Abschaffung aller die freie Meinung befränkenden Gesetze fordere, denn eine religiöse Ueberzeugung sei ja schließlich doch auch eine „freie Meinung“. Gudem beruhe die Macht der Kirche auch auf rein materiellen Factoren, die erst mit der Durchführung des Socialismus verschwinden würden. Erst wenn das religiöse Bedürfnis jede materielle Unterlage verlieren, dann werde auch die Religion allmählich absinken.

Von Parteiwegen bekämpfen wir die Religionsgemeinschaften nur, soweit sie uns politisch und sozial als Seelenträger der heutigen Ausbeutergesellschaft, als Träger der politischen und geistigen Unterdrückungspolitik entgegentreten.“

Also es bleibt bei der „Privatsache“. Immerhin wird den Leitern der kirchlichen Parteien allein schon die bloße Erörterung dieser grundsätzlichen Frage, so wie sie von dem nicht durch tactische Erwagungen an der Aufrichtigkeit behinderten Genossen Haß ohne „schwächtliches Männchen“ einmal angezeigt wurde, von einem Werthe geweisen sein.

* [Zur Ausführung des Haftpflichtgesetzes.] Aus Karlsruhe wird geschrieben: Der Zugstetter Eisenbahnunfall, der gegen 70 Personen das Leben kostete, hat zu einer Reihe von Prozeßen Anlaß gegeben, die bis auf wenige jetzt erledigt sind. Ein weiterer Prozeß kam kürzlich vor dem Landgericht in Karlsruhe zur Verhandlung. Einem Regierungsrath, der bei jenem Unfall schwer verletzt wurde, hat die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen kein Angebot gemacht, trotzdem er in Folge seiner Penitentur etwa 4500 M. jährlich verlor und allein von August 1882 bis September 1884 über 7000 M. Kur Kosten verrechnet hatte. Die Civilkammer des Karlsruher Landgerichts hat nun dem Regierungsrath 5992 M. Kur Kosten und vom 1. September 1884 ab eine lebenslängliche Rente von 5300 M. vierteljährlich voraus zahlbar, zugesprochen. Diese Jahresrente ist die höchste Entschädigung, welche bis jetzt auf Grund des Haftpflichtgesetzes von badischen Gerichten je zuerkannt worden ist.

* [Polen und Freundschaft.] Die jüngste Rede des Fürsten Bismarck über die Polenfrage kommt den englischen Zeitungen wie gerufen und viele derselben, namentlich die conservativen und gemäßigten liberalen schlagen daraus Kapital für ihre Behandlung der irischen Frage. So bemerkt der „Observer“: „Es ist curios, daß, während wir den Anlauf des Bodens Irlands, um den Feinden Englands damit ein Geschenk zu machen, erörtern, Fürst Bismarck in fast genau ähnlichen Verhältnissen vorschlägt, den Boden der polnischen Provinzen anzulauen, um denselben für die Freunde Preußens zu sichern.“

Die „St. James's Gazette“ schreibt: „Der „Spectator“ empfiehlt, Fürst Bismarck solle ein wenig die englische Gleichheit leben“, und dann würde er finden, daß wir seinen Polener Plan mehr als einmal veracht und damit läufig Fiasco gemacht haben. Der Kanzler, der solchen Männer wie Treitschke, Mommsen und Gneist gewachsen ist, hat die englische Gleichheit nicht nur ein wenig, sondern sehr stark studirt. Er hat wahrscheinlich aus jenem Studium Schlussfolgerungen gezogen, die von jenem Mr. Brights und des „Spectator“ etwas abweichen. Er weiß, warum es uns misslingen ist, Irland zu englisieren; weil wir niemals an der Politik festhalten, es lange genug und gründlich genug zu thun. Er weiß, daß Gewalt ein Hilfsmittel ist, wenn man ausreichende Gewalt gebraucht. Er könnte zu seinen Geschäftsbüchern zurückkehren und fragen, was aus den Slaven in Brandenburg, oder aus den Protestanten in Bayern und Deutsch-Oesterreich geworden ist. Sein Plan, Polen zu zwingen, deutsch zu werden, mag ungerecht sein, aber es kann nicht gesagt werden, daß er erfolglos sein dürfte.“

Spandau, 3. Februar. Der Commandant von Spandau, General-Lieutenant v. Krause, ist gestern in Folge eines Herzleidens im 57. Jahre gestorben. Der Verstorbene, welcher erst kürzlich diesen Posten erhalten hatte, war ein schneidiger und alter Ortsbekannter Offizier. Am 12. Dezember 1885 hatte v. Krause den Charakter als General-Lieutenant erhalten.

Österreich-Ungarn.

Brünn, 30. Jan. Das tschechische National-Theater, welches kaum zwei Jahre besteht, geht aus Mangel an Besuchern ein, obwohl von tschechischer Seite große materielle Opfer, es zu halten, gebracht worden sind.

England.

ac. London, 1. Februar. Im Hydepark fand gestern Nachmittag ein Massenmeeting von Arbeitslosen statt, welches den Zweck hatte, die Aufmerksamkeit des Publikums auf den Notstand unter den arbeitslosen Bevölkerung der Metropole zu lenken. Viele der Theilnehmer an der Kundgebung trugen Zähnen mit der Inschrift „Gebt uns Arbeit oder Brod“. Auf dem Rückmarsch vom Park machten die Demonstranten, gegen 3000 an Zahl, vor dem Carlton- und Reform-Club Halt und sangen das bekannte Lied der Beschäftigunglosen „Wir haben keine Arbeit“. Dann zogen sie nach Carlton House Terrace und veranstalteten vor dem Hause, welches Gladstone bewohnt, eine ähnliche Kundgebung. Die Polizei ließ die Demonstranten ruhig gewähren und die Ruhe wurde nirgends gestört.

* [Landversteigerung.] Am Auctionslokale der City von London wurde dieser Tage Grundeigentum in Transvaal im Umfang von 31 806 Morgen meistbietet versteigert. Das Land wurde als wertvoll und ergiebig geschilbert und ist in den golddreichen Districten Rustenburg und Waterburg etwa in gleicher Entfernung von Port Natal und dem Endpunkte der Cap-Eisenbahn in Kimberley gelegen. Das Eigentum brachte nur 490 Lstr. oder 2½ Pence per Morgen, worfür der neue Besitzer nach das Recht erhält, das zahlreiche Wild auf dem Territorium, hauptsächlich aus Löwen, Tigern und Leoparden bestehend, zu jagen.

* [Gladstone, Barnell und die Home-Rule.] Es ist zweifelhaft, schreibt die „Times“, ob Mr. Gladstone die Ansichten seiner Collegen, die den parlamentarischen Kampf über die Home-Rule-Frage hinauszuschieben wünschten, bewältigt hat. In einigen Kreisen wird zweiseitlich behauptet, er habe einen Plan fertig und beachtliche denselben ohne Berzug vorzulegen. Wenn dies der Fall und sein Plan ein derartiger ist, wie ihn Mr. Barnell selbst nur als Basis für Unterhandlungen annehmen dürfte, dann kann der Kampf nicht abgewendet werden. Lord Hartington und diejenigen Liberalen, die zu ihm halten, werden sich mit den Conservativen verbinden, um der Politik der Zugehörigen den Fehdehandschuh hinzuwerfen, und in diesem Falle ist es sicher, daß entweder das Ministerium oder das Parlament ein schlechtes Ende erreichen wird. Die Mr. Chamberlain zugeschriebene Politik, sich zuvor der Landfrage durch eine Maßregel zur Expropriation der irischen Gutsherren zu beschäftigen, würde ohne Zweifel den schlimmen Tag hinausschieben, denn es ist eine allgemeine Tendenz vorhanden, einen großen und compulsoiren Aufsatzplan, mit billiger Entschädigung der Eigentümer, als unvermeidlich einzunehmen, und die Einzelheiten, obwohl wichtig und verzweigt, dürfen nicht notwendiger Weise zu ernster Uneinigkeit führen. Würde aber Mr. Barnell mit der Hinausschiebung seines Hauptzwecks zufrieden sein?

Der Londoner Correspondent der „Irish Times“ sagt, es werde noch immer behauptet, daß Mr. Barnell angegangen werden wird, den Posten als Secretär für Irland zu übernehmen, und zwar mit dem Auftrage, das Home-Rule-Experiment zu versuchen, womit je nach dem Ausfall des Versuchs die von ihm vertretene Sache entweder siehen oder fallen solle. Es gebe Leute, welche glauben, daß dieses Arrangement besonders vereinbart worden sei und daß der „ungekrönte König“ in Person der Träger der nächsten Friedensbotschaft nach Irland sein werde. Der Correspondent bestreitet indeß diese Idee, hält es aber für wahrscheinlich, daß Mr. Barnell nicht nur im Geheimen mit Mr. Gladstone in Verbindung steht, sondern, daß sie sogar persönliche Vereinbarungen haben. Er sagt, der Führer der Nationalisten sei verschwunden, Niemand wisse wohin, und habe verschiedene Adressen zurückgelassen, so daß die Vertreter der Presse den Versuch aufgegeben hätten, ihn zu finden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 30. Januar. [Zur Schatzzollbewegung.] Die Agitation, betreffend Einführung von Schatzzöllen für Erzeugnisse der Landwirtschaft und Industrie, ist anscheinend noch bedeutend im Wachsen begriffen. Vor einigen Tagen erst wieder sind dem Reichstag verschiedene Petitionen zugegangen. In der ersten derselben, die von 28 Mitgliedern der ersten und „einer großen Anzahl“ solcher der zweiten Kammer unterzeichnet ist, wird ein Zoll von größerem oder geringerem Umfange auf eine Unzahl von Gegenständen gefordert, während eine zweite Petition, von dem bekannten „Branntweinkönig“ L. O. Smith vorgelegt, zwischen „Vertragsländern“ und „sonstigen Ländern“ unterscheiden, sowie außerdem einen Grundstock für eine „landwirtschaftliche Vorschubbank“ gebildet wissen will. Außerdem liegen noch eine Menge von Petitionen vor, die ebenfalls mehr oder weniger auf Einführung eines Getreide- u. Zolles hinausgehen.

Negypten.

Kairo, 30. Januar. Mukhtar Pascha hat die Bildung einer 16 000 Mann starken ägyptischen Armee in Vorschlag gebracht, wodurch seinem Erlassen nach eine hinlängliche Lösung der Sudanfrage erzielt werden würde. Er empfiehlt, daß die Kosten der neuen Armee von England bestritten werden sollten, indem er auf das Geld für den Unterhalt der Occupationssarmee verzichtet. Der obige Vorschlag ist der britischen Regierung unterbreitet.

Der Richter West hat der ägyptischen Regierung einen Plan für die vollkommene Umformung der eingeborenen Tribunale unterbreitet, dessen Annahme Nubar Pascha jedoch ablehnte. Die britische Regierung besteht indeß auf die Adoptirung des Planes, der ein jährliches Ersparnis von 25 000 Lstr. an Gehältern ermöglichen würde.

Türkei.

Aus Konstantinopel wird dem Neuerischen Bureau unter dem 30. d. gemeldet: Sir Horace Numbold, der englische Gesandte in Athen, hat den hiesigen englischen Botschafter Sir William White benachrichtigt, daß das Gericht, er hätte dem griechischen Ministerpräsidenten Delhannis gegenüber sich beleidigender Sprache bedient und daß ein Bruch in ihren freundlichen Beziehungen eingetreten sei, der Begründung gänzlich entbehre.

Das Gericht, daß 300 griechische Freiwillige in Creta gelandet und von den türkischen Behörden verhaftet worden seien, wird dementiert. Es sind verdächtige andere beunruhigende und unbegründete Gerüchte im Umlauf, aber in diplomatischen Kreisen heißt es, daß Hoffnung aufrecht erhalten werden wird. Mr. Sandison, der erste Dragoner der britischen Botschaft, überreichte heute im Palast eine Abschrift von Lord Salisburys Instructions an den Admiral Lord John Hay, die bekanntlich dahin lauten, alle Punkte, die von Griechenland angegriffen werden dürfen, zu verteidigen. Er erläuterte auch dem Sultan die von Sir William White empfangenen Instructions, die Türkei gegen griechische Angriffe zu unterstützen. Gleichzeitig brachte er die Hoffnung aus, daß Griechenland seine kriegerischen Projekte fallen lassen würde.

Herr v. Radovitz, der deutsche Botschafter, hat ein Schreiben an Sir William White gerichtet, worin er ihn versichert, daß das Gericht, er hätte jemals gegen ihn intrigiert, der Begründung entbehre. Es wird erklärt, daß der Grund, warum Sir William White nicht zu dem von Herrn v. Neldoff am 12. d. gegebenen Mahl eingeladen wurde, der war, daß nur solche Mitglieder des diplomatischen Corps Einladungen erhielten, die den alten Stil beobachten.

Indien.

A. C. [Pilger nach Mecca.] Die indische Regierung hat in ihrer Fürsorge für die mohammedanischen Pilger auf ihrem Wege nach Mecca einen neuen und ganz modernen Weg eingeschlagen. Sie hat nicht nur einen mohammedanischen Beschützer der Pilger in Bombay ernannt, sondern auch mit den Herren Cook ein Abkommen getroffen, die Pilger persönlich zu führen. Die Firma übernimmt es, Pilger-Bureaus in Bombay und Oschedah zu öffnen und mit den Eisenbahn- und Dampfboot-Gesellschaften Vereinbarungen für die gehörige Förderung und Unterbringung der Pilger im Einlaufe mit den Regierungsvorordnungen zu treffen. Die Regierung hat die Lokalbeamten und den Beschützer der Pilger angewiesen, mit den Herren Cook in Harmonie zu arbeiten, die Reisebedingungen be-

kannt zu machen und in dem Absatz von Reisebillets Beifand zu leisten.

Afrika.

* Wie aus Yokohama gemeldet wird, ist eine wichtige Aenderung in der Zusammensetzung der japanischen Regierung vorgenommen. Bisher bestand dieselbe aus dem Reichsland, dem Ministerpräsidenten der Linken und dem Ministerpräsidenten der Rechten, sowie aus dem Staatsrat, welcher letzterer nur dem Namen nach bestand und keinerlei Verantwortlichkeit hatte. Jetzt sind nun die Aemter der drei Ministerpräsidenten und der Mitglieder des Staatsrates abgeschafft, und ist an deren Stelle ein verantwortliches Cabinet, nach dem Muster des amerikanischen, mit einem Ministerpräsidenten gebildet. Anstatt des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, welches abgeschafft worden ist, ein solches für Verkehrsweisen gebildet, welches die Post, die Eisenbahnen und Telegraphen-Leitungen unterstehen.

Afrika.

* [Die Strafjustiz im Kongostaat] ist in folgender Weise festgestellt:

An den Hauptort ist ein Tribunal erster Instanz; in Boma ein Appellationsgericht. Jedes Gericht besteht aus einem Richter, einem Beamten des öffentlichen Ministeriums und einem Gerichtsschreiber. Der Richter wird vom Souverän, die beiden anderen Gerichtsverleuten von dem Generalverwalter ernannt. Steht Todesstrafe oder lebenslängliche Sklaverei auf ein Verbrechen, so werden 2 oder 4 Richter zum Gerichtshofe auserwählt. Die Urteile werden öffentlich gefällt. Die Todesstrafe ist das Aufhängen; die zur Strafknüpfung Verurtheilten werden im Innern der Stationen bestrafen. Die Geldstrafe, die auch in natura geleistet werden kann, schwankt zwischen 1 und 5000 Francs. Diebstähle werden sehr streng bestraft; auf Menschenwürf mit Ueberlegung steht die Todesstrafe. Vergehen der Schwarzen gegen Nichteingeborene nach den Gesetzen des Souveräns abweichen. Zum Richter am Appellationsgericht ist der Generalverwalter Janzen am Congo ernannt.

Die drei

Wiso „Hohenzollern“ werden die gewöhnlichen Winterreparaturen ausgeführt. Im Bassin befinden sich endlich noch: die Kreuzer-Corvette „Carola“ und die Panzerfahrzeuge „Ritter“, „Biene“, „Kroko“ „Gummel“ und „Hyäne“, auf welchen Schiffe gleichfalls, aber mit geringerer Arbeitskraft, hantert wird.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 3. Febr. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Staatsberatung fort und begann bei den direkten Steuern. Erst mit einer Rede des Abg. Wolff (conf.) bekam die Debatte ein lebhafteres Tempo. Derselbe interpellierte den Finanzminister v. Scholz wegen der Kapitalrentensteuervorlage. Diese Steuer sei ein Supplement des direkten Steuersystems und auch in socialpolitischer Hinsicht empfehlenswert.

Abg. v. Meyer (conf.) spricht entschieden gegen die Klassensteuererlaß. Die direkten Steuern seien das Rückgrat des ganzen Steuersystems, daher sei eine Erhöhung nötig, zumal auf Monopolerträgen nicht zu rechnen sei.

Abg. Rickert: Der Herr Vorredner hat die Ausführungen des Abg. Wolff, welche lauter Gemeinplätze waren, gut abgesetzt; das beweist den Widerspruch innerhalb der Conservativen. Nicht nur auf der linken Seite des Hauses sitzen Gegner der Rentensteuer. Hr. v. Meyer kommt mit seinen Anschauungen von selbst zur Linken. Herrn Wolffs Börsensteuer trübe nicht das Kapital, sondern den Kleinverkehr. Jetzt beginne man sich damit nicht, sondern beunruhige, nach einer neuen Börsensteuer rufend, den Geschäftsverkehr. Wir sind nicht prinzipiell gegen die Kapitalrentensteuer, aber wir wollen sie nicht nach dem früheren Regierungsprojekt.

Finanzminister v. Scholz: Eine Vorlage zur Reform der direkten Steuern sei für diese Session nicht zu erwarten. Bezüglich der Rentensteuer meint der Minister, daß bei der bevorstehenden Steuerreform zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen unterschieden werden solle.

Die Abg. Wolff und Dr. Wehr (freicons.) schieden den Freisinnigen die Schuld am Deficit als Folge der von ihnen befürworteten Klassensteuererlaß zu.

Abg. Meyer-Breslau (freijs.) weist die Vorwürfe Wolffs zurück, daß die Freisinnigen keine positiven Ausschauungen haben. Wir verlangen getrennte Behandlung der Budgets von Reich, Staat und Commune und verdammen das Prinzip der communizierenden Röhren nach der Frankenstein'schen Glansel und der lex Huene zwischen diesen 3 Budgets. Wir sind einverstanden mit scharferer Heranziehung des fundirten Einkommens zu Gunsten des unfundirten Eigentums; aber wenn die Gouvernementalisten nach dem jetzt bestehenden Prinzip des Niederstimmens verfahren, wie sollen wir kleine Partei untere Projekte durchbringen? Redner schließt mit dem Nachweis, daß die Deficits die Folge der lex Huene und der ganzen Wirtschaftspolitik seien.

Nach einer kurzen Replik des Finanzministers v. Scholz auf die Ausführungen des Abg. Meyer kritisiert Stephanus (conf.) die gegenwärtigen Einschätzungsnormen, die der Reform bedürftig seien.

Abg. v. d. Beck (conf.) hält nicht den Erlass, sondern die Ermäßigung der direkten Steuern nach unten für nothwendig; die Rentensteuer würde den Nebelständen abhelfen.

Abg. Rickert weist die Ausführungen des Abg. Wehr zurück, welcher einen Zweipunkt in der freisinnigen Partei erwartet haben will, wahrscheinlich weil er Mangel an Objecten für seine Polemik habe. Auch bei dem Antrag Achenbach hätte vollständige Einigkeit in der Partei geherrscht. Hr. Richter, der an dem freisinnigen Antrage mitgearbeitet, habe nicht unterschrieben, weil er es nach des Kanzlers Rede für unnötig hielt, andere haben nur aus Zufall nicht unterschrieben. Wir haben für den Steuererlaß gestimmt, weil er eine Aufländerschaft gegenüber der Verhinderung der nothwendigen Lebensmittel durch indirekte Steuern war. (Bravo!)

Finanzminister v. Scholz, gegen den Vorredner polemischend, nimmt das Vertrauen des Volks für die Regierung unbedingt in Anspruch, erkennt aber an, daß die Freisinnigen für die Steuererlaß gestimmt haben.

Bei dem Titel „Klassensteuer“ tritt Abg. Cremer (conf.) unter allerlei Witzeleien für die Vermehrung der indirekten Steuern ein. — Abg. Sattler (nat.-lib.) erklärt für den Abg. Benda, dasselbe würde der Reform der direkten Steuern zustimmen. — Abg. Rickert: Gegenüber den großen Finanzprojekten ohne positive Grundlage, wie die des Hrn. v. Scholz seien, müsse das Recht der Kritik geblieben werden. Der Minister habe nicht zu entscheiden, was parlamentarisch erlaubt sei, sondern der Präsident. — Finanzminister v. Scholz erklärt, von Hrn. Rickert mißverstanden zu sein.

Dieser Titel wird darauf bewilligt. Die Fortsetzung der Staatsberatung findet Donnerstag statt.

Berlin, 3. Febr. Im Reichstag, der äußerst schwach besetzt war, erklärte bei der Beratung des Gesetzentwurfs betreffs der Unfall- und Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Abg. Frankenstein (Centr.), Bedenken zu haben gegen den zu frühzeitigen Weiterbau auf der Grundlage des erst seit einem Vierteljahr in Kraft stehenden Unfallversicherungsgesetzes.

Abg. Schrader teilt diese Bedenken des Vorredners, nur hätte man sie schon beim Gesetz vom 1. Oktober 1885 aufrufen sollen. Die Aufgabe der Berufsgenossenschaften an die Selbstverwaltungskörperschaften übertragen, heisse Übernahme der Aufgaben der Berufsgenossenschaften durch den Staat, wodurch die Nation überbietet werde. Redner geht dann näher auf die hohen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften (vielleicht 3 Mark pro Kopf) ein, was für kleinere landwirtschaftliche Betriebe unerträglich sei. Die Selbstverwaltung könnte diese Lasten nicht mehr tragen; sie sei an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt und das Reichsversicherungsamt könne die große Arbeit als unterste und oberste Instanz nicht leisten. Alles in Allem sei gründliche Durcharbeitung des Gesetzes in einer Commission dringend geboten.

Staatssekretär v. Bötticher bezweifelt die Möglichkeit einer Bestätigung mit dem Centrum und den Freisinnigen über die neuen Grundlagen des vorliegenden Gesetzes und sucht die Einwendungen des Vorredners zu widerlegen.

Abg. v. Matzahn-Gäly (conf.) polemisiert gegen Schrader; er habe aber, wie dieser, Bedenken, welche in der Commission vorgebracht werden würden.

Abg. Buhl (nat.-lib.): Die ländlichen Arbeiter seien besser landes- als reichsgeographisch zu schützen. Die Verwaltungskosten würden am besten durch einen Zusatz auf die Grundsteuer aufgebracht.

Abg. Graf Behr (freicons.) erläutert die Prinzipien des Entwurfs und stimmt im Wesentlichen dem Abg. Buhl bei.

Abg. Frohme (soc.): Wir werden uns stimmen, wenn im Entwurf die Krautens- von der Unfallversicherung trennen wird.

Abg. v. Hellendorff (conf.) hat viele Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs, ver-

wahrt sich aber gegen den Vorwurf, das Gesetz in die Ferne rüfen zu wollen.

Nachdem der Bundesrathskommissar Bosse die Hoffnung auf einen befriedigenden Abschluß der Commissionsberatungen ausgesprochen und Abg. Schrader einzelne Missverständnisse aufgelistet, wird der Entwurf an die Commission verwiesen, welche über das Beamtenfallgesetz berathet. Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt. Tagesordnung: Zweite Beratung des Beamtenfallgesetzes.

Im bairischen Landwirtschaftsrath brachte Freiherr v. Thüngen eine Resolution für die Doppelwährung ein.

Nachdem der Minister auf die

Erklärung des Finanzministers v. Scholz in Preußen hingewiesen, die jedenfalls im Einverständnis mit dem Reichstanzler erfolgt sei, zog Thüngen seine Resolution zurück.

Die „R. A. Z.“ beleichtet in einem Beitrag die Anerkennung des Kriegsminister in der Polen-debatte, daß der Pole ein guter Soldat sei, wenn er staatsfeindlichen Einwirkungen nicht ausgesetzt, sowie Hrn. v. Schellendorffs Bitte an Windhorst, den Kulturmampf nicht in die Armee zu tragen, um in Anknüpfung daran Windhorst und das Centrum des Strebens zu beschuldigen, „in den festen Panzer unserer Kriegsrüstung“ eine Fuge zu legen und den Geist des Offizierscorps durch Anstiftung von Unzufriedenheit, Misstrauen und Argwohn zu vergiften.

Die „Nord. Allg. Blg.“ veröffentlicht eine Zustimmungssabreß an den Fürsten Bismarck aus Siegen, dem Wahlkreise Stömers.

Berlin, 3. Februar. Bei der heute fortgesetzten Zahlung der 4. Klasse der preußischen Lotterie fielen:

1 Gewinn zu 30 000 Mt. auf Nr. 5824.

2 Gewinne zu 15 000 Mt. auf Nr. 12 400 42 046.

45 Gewinne zu 3000 Mt. auf Nr. 543 1055

2585 7399 8906 9406 13 707 13 944 19 682 21 056

23 159 24 024 24 537 32 752 32 973 35 524 34 146

34 534 39 623 41 732 42 429 43 164 45 533 46 058

50 767 51 349 55 778 55 834 59 889 63 597 65 541

67 432 67 573 73 296 74 002 76 905 83 365 84 736

86 442 87 528 87 944 88 080 91 137 91 503 93 569.

54 Gewinne zu 1500 Mt. auf Nr. 141 762

1903 2059 2335 5393 9409 11 620 12 729 15 003

15 906 16 255 18 933 20 642 20 788 21 188 24 231

24 286 26 969 28 755 32 724 35 402 39 309 40 175

40 281 42 564 42 638 45 266 50 947 51 018 51 667

52 092 53 012 54 306 60 187 64 984 66 545 68 352

69 754 69 912 77 350 77 843 78 836 79 280 81 063

81 516 81 647 83 186 88 050 89 272 89 348 89 702

90 899 91 022.

Posen, 3. Febr. Das „Posener Tagbl.“ erfaßt, daß dieser Tage an einen hiesigen höheren Geistlichen ein Schreiben des Cardinals Ledochowski gelangt ist, welches die Directiven für die Presse, Kinder gegenüber, enthält. Der Cardinal äußert sich im Weiterschein dahin, daß seitens der Presse, d. h. des „Kurier Poznański“, bei Beurteilung des künftigen Verfahrens des neuen Erzbischofs die größte Vorsicht und Schonung zu üben sei.

Paris, 3. Febr. Der Ministerpräsident Freycinet soll, der „R. A. Z.“ zufolge, eigene Vorschläge wegen der Wahrung des Friedens im Orient aussarbeiten.

Brüssel, 3. Febr. In dem Dorfe Magenzele, in der Nähe von Brüssel, hat ein Trunkenbold seine Frau, seine Schwägerin, seinen Schwager und drei Kinder ermordet.

Danzig, 4. Februar.

* [Festlichkeit.] Gestern Abend fand bei Herrn Oberpräsidenten v. Grünthalen in dessen Repräsentationsräumen eine größere Ballfeier statt, zu welcher aus Stadt und Provinz ca. 400 Personen eingeladen und meistens auch erschienen waren.

* [Suppentüte.] Da jetzt die Röth unter unserer ärmeren Bevölkerung wieder erheblich wächst, so ist das bisherige Comité für die hiesigen Suppenanstalten wieder zusammengetreten. Das Comité beabsichtigt, am Sonnabend, den 6. d. Mts., die Suppentüte an der großen Mühle 12 zu eröffnen. Zur Erlangung der erforderlichen Geldmittel hat dafelbe bereits einen Aufruf erlassen, welchen der Inseratenherr der heutigen Nummer veröffentlicht. Wir empfehlen dringend dieses gemeinnützige Unternehmen dem Wohlthätigkeitsfonds unserer Bürgertum zur Verücksichtigung und bemerken, daß auch die Expedition der Danziger Zeitung gern bereit ist, Beiträge für dasselbe entgegen zu nehmen und dem Comité zugestellen.

* [Wochen-Kalender] Der „Wochen-Kalender“ wird gemeldet: Als ein Personengenheute von Prachia nach Molino das Pallone fuhr, lösten sich von den dort die Bahn einschleißenden Bergen enorme Steinmassen los und stürzten auf den Zug. Die Maschine und die ersten vier Lastwagen wurden zerstört. Zwei Conduiteure blieben tot. Zahlreiche Passagiere wurden verletzt. Der Salonwagen, in welchem sich die Leiche des Senators Rasdoni, begleitet von Verwandten und Freunden des Verstorbenen, befand, blieb durch einen merkwürdigen Zufall vollständig unbeschädigt. Der Bahnverkehr dürfte zwei Tage lang unterbrochen bleiben.

London, 1. Februar. Ein heftiges Gewitter ereignete sich am Sonnabend Nachmittag in der nördlichen Vorstadt Holloway. In der Holloway-road stürzten plötzlich die Dörrermauern von vier in der Abtragung befreiteten kleinen Häusern ein und begruben fünf vorübergehende Personen, drei Frauen und zwei Knaben, unter ihren Trümmern. Diese fünf Leute

wurden später als verstümmelte Leichen aus dem Schutt herbeigezogen, während mehrere andere Personen durch fallende Ziegel mehr oder weniger erhebliche Verletzungen davontrugen. Unter den Opfern befindet sich eine Italienerin, die auf dem Trottoir vor den eingestürzten Häusern mit einem Käfig mit abgerichteten Kanarienvögeln stand.

Aachen, 29. Januar. [Eisenbahnmüll.] Der

„Bahn“ wird gemeldet: Als ein Personengenheute von

Prachia nach Molino das Pallone fuhr, lösen sich von den dort die Bahn einschleißenden Bergen enorme

Steinmassen los und stürzten auf den Zug. Die

Maschine und die ersten vier Lastwagen wurden

zerstört. Zwei Conduiteure blieben tot. Zahlreiche

Passagiere wurden verletzt. Der Salonwagen, in

welchem sich die Leiche des Senators Rasdoni, begleitet von Verwandten und Freunden des Verstorbenen, befand, blieb durch einen merkwürdigen Zufall vollständig unbeschädigt. Der Bahnverkehr dürfte zwei Tage

lang unterbrochen bleiben.

L. Petersburg, 19./20. Jan. Am 25. Jan./6. Febr.

soll zum letzten Male „Novosti“ und „Morskoi“

elektrisch erleuchtet werden, dann sollen die mit großer Mühe aufgestellten Laternen entfernt werden, da

das Stadttamt mit der Firma Siemens und Halske,

die die Beleuchtung bisher auf eigene Kosten betrieb, keinen Contract abschließen, so billig auch die Forderungen

gewannter Firma sind. Diese beiden großen Betriebs-

häuser sollen also bald wieder im Schein der kleinen Gas-

flammen unsicher gemacht werden, es soll in ihnen wieder

herrschend sein, daß man einen Menschen von einer

Telegraphenstange nicht unterscheiden kann. Die „Gas-

partei“ (Besitzer von Aktien der Gasgesellschaft) in der

Stadtverwaltung hat es durchgesetzt, daß dieser mächtige

Concurrent des Gases hier wenigstens nicht aufkommen

kann. Trotz des ablehnenden Verhaltens der Stadt-

väter aber trifft man sich mit dem Gedanken, daß

Kaiser, es nicht zugeben werden, daß die hohen licht-

pendenden Säulen wieder verschwinden. Einem solchen

Mäßigdruck, glaube ich, kann man sich leicht gefallen

lassen, einfach aus dem Grunde, damit es einmal mehr

Light als bisher, wenn auch nur auf diesem Gebiete, gäbe.

Breslau, Alexanderstraße 8.

Otto Schmeidels Apotheke: für den politischen Theil und ver-

miche Kästchen: Dr. B. Hermann, — das Feuerzeug und Literarische

Kästchen, — den totalen und provozierenden Bandes, — Marine-Kell und

den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Stein, — für den Inseratenherr

u. B. Kastenamt, sämtlich in Danzig.

London, 4. Februar. (Schlußcourse.) Consols 100%.

4% preußische Consols 103 1/2. 5% Russen de 1871 98

5% Russen de 1

Heute wurde uns ein kräftiger Knabe geboren. G. Märtens, 7066) und Frau, geb. Selz, Goldap, den 3. Februar 1886.

Bewegungsversteigerung.

Im Wege der Bewegungsversteigerung sollen die im Grundbuche von Dirichau Band 50 Blatt Nr. 4 Artikel V 261 und V 264 auf den Namen des Bauunternehmers August Paczowski und seiner Ehefrau Bertha geb. Gerszt zu Dirichau eingetragenen, zu Dirichau belegenen Grundstücke, bestehend aus 1 Wohnhaus nebst 5 Gartenparzellen am 7. April 1886,

Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht versteigert werden.

Die Grundstücke sind und zwar D. 264 mit 2,94 Mr. Reinertrag und einer Fläche von 0,715 Hektar zur Grundsteuer, D. Nr. 261 mit 4,63 Mr. Reinertrag und einer Fläche von 0,1134 Hektar zur Grundsteuer, sowie mit 2400 Mr. Nutzwertwerte zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus den Steuerrollen, beglaubigte Abschriften der Grundbuchsblätter, Grundbuchscharten, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, im Kassenzimmer, eingesehen werden.

Alle Realsberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Lebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungs-Termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger wider spricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigensfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungsstermins die Einstellung des Verschaffens herbeizuführen, widrigensfalls nach erfolgtem Aufschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle der Grundstücke tritt.

Das Urteil über die Erteilung des Aufschlags wird am 9. April 1886,

Vormittags 9 Uhr, am Gerichtsstelle verliefert werden. Dirichau, den 30. Januar 1886.

Königl. Amtsgericht.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Commandit-Gesellschaft in Firma Richard Meyer & Comp. zu Danzig ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 23. Februar 1886,

Mittags 12 Uhr, vor dem Königlichen Amtsgerichte XI. hierfür, Zimmer Nr. 42, anberaumt. Danzig, den 30. Januar 1886.

Grzegorzewski, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts XI. (7075)

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist zu folge Verfugung vom 23. Februar 30. d. J. das Grösste der Firma:

Bei Nr. 98, J. Margoninski Nr. 104, A. S. Gohu Nr. 101, L. J. Lewinnek eingetragen worden.

Königl. Amtsgericht. Danzig, den 2. Februar 1886.

Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist zu folge Verfugung vom 23. Februar 30. d. J. das Grösste der Firma:

Bei Nr. 98, J. Margoninski Nr. 104, A. S. Gohu Nr. 101, L. J. Lewinnek eingetragen worden.

Königl. Amtsgericht. Danzig, den 2. Februar 1886.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Bei der unterzeichneten Verwaltung ist eine Polizei-Sergeanten-Stelle zu besetzen. Das Gehalt der Stelle beträgt 1000 Mr. und steigt in Perioden von 5 Jahren um je 100 Mr. bis 1200 Mr. Außerdem werden pro Jahr 10 Mr. Kleidergehalt gezahlt.

Militärräte, welche sich bewerben wollen, haben die erforderlichen Anträge nebst einem Gefühlsurtheil mittels selbstgeschriebenen Bewerbungsschreibens bis zum 15. Februar d. J. bei uns einzureichen.

Thorn, den 22. Januar 1886.

Der Magistrat.

Die ausgedehnten

Lokalitäten

in dem, den Erben des Kaufmann C. Volkmann gehörigen Hause, hierfür an der Markt und Lauenburger Straßen - Ecke gelegen, in welchem seit vielen Jahren ein schwunghaftes Materialwaren- und Saat-Geschäft betrieben, mit Erfahrung, soll von 1. Oktober er ab, anderweit auf 5 Jahre verpachtet werden.

Hieran Rechtstreitende mögen sich an den Unterzeichneten wenden. Neustadt Weißw., d. 31. Jan. 1886.

Der General-Bevollmächtigte der C. Volkmann'schen Erben.

Prozel, Rechnungs-Rath.

Alle Diejenigen, welche an die hier verpflichtete Schiffspitannitmitte Juliania Gabrau, geb. Pawłowska, Bastingen zu leisten resp. Verderungen an die lokale oder etwas von denselben in Verwahrung haben, ersuchen wir, solche an den Will-Testament vollstrecker Herrn P. Pawłowska, hier, Langgarten 8, bis zum 15. Februar d. J. zu zahlen resp. anzumelden.

Danzig, den 31. Januar 1886.

Die Testamentsvollstrecker.

Bazar

zum Besten des Reinickestifts

im Concertsaale des Franziskanerklosters.

Sonntag, Vormittags 12-2 Uhr: Verkauf. Entrée 50 Mr.
d. 7. Febr., Nachmittags 4-8 Uhr: Verkauf und Militärsaal. Entrée 50 Mr. Kinder die Hälfte.
Montag, Vormittags 10-2 Uhr: Verkauf ohne Entrée.
Nachmittags 4-6 Uhr: Letzter Verkauf. Militärsaal. Entrée 25 Mr.
Dienstag, Vormittags: Verlosung. — Die Gewinne können von
d. 9. Febr., 12-4 Uhr in Empfang genommen werden.
Um zahlreiche Beteiligung unserer Bürgen bitten

(7077)

Das Bazar-Comitee.

Kunst-Auction

Original-Oelgemälde

[moderner Meister]

Freitag, den 5. Februar, und Sonntagnachmittag, den 6. Februar d. J. jedesmal Vormittags 10% und Nachmittags 2 Uhr beginnend, sollen im Hotel du Nord (Apollo-Saal) Original-Oelgemälde folgender Meister in öffentlicher Versteigerung, im Auftrage der Künstler und Eigentümern gegen sofortige Barzahlung meistbietend verlost werden u. z.: 2 Gemälde von Prof. Hans Malart, 2 A. Nordgren, 3 Paul Böhme, 4 A. Lonza, 6 Fr. Friedländer, 2 Alb. Neyer, 6 J. E. Gaffier, 1 W. Kraus, 1 Prof. Schams, 2 Otto Conti, 4 L. Gedlef, 5 A. Benda, 4 Prof. A. Zimmermann, 2 A. Normann, 3 Prof. Elminger, 6 Kaufmann, 4 Doll, 1 Lange, 2 Prof. Rusz und noch 345 Stück Gemälde von anderen guten Meistern.

Cataloge sind gratis im Ausstellungskloster zu haben.
Detaillierte Beschreibung: Mittwoch, den 3. u. Donnerstag, den 4. Februar, von früh 9 bis Abends 5 Uhr, bei freiem Eintritt.

Die Auction leitet (6718)

Ed. Guttmann,

Kunsthändler und Auctionator für Kunstsachen.

NB. Sämtliche Gemälde sind in hocheleganten Goldrahmen und wird für jedes Original-Gemälde garantiert.

Maurer-, Zimmer-Arbeiten und Baumaterialien,

Bauzeichnungen, Kostenanschläge, Taxen, Gutachten etc. übernimmt R. Kappis, Architect und vereid. Baufachverständiger. Danzig, Langgasse 72, 2. Etage. (7074)

Zu beziehen durch die Herren

Loche
&

Hoffmann

in Danzig,

Doppel-Soda

verarbeitete Fleischjasa ges. ges. Baduns

Hoffmann & Schmidt, Leipzig.

fons überall
in den meist besseren
Detailgeschäften
der Droguen-, Colonialwaren-
und Seifen-Branche.

Blokers Hollantje

mit vielen goldene

Worten

Sammel und Seidenstoffe jeder Art, grosse Auswahl v. schwarzen, weissen u. farbigen Seidenstoffen zu Blankleidern empfiehlt zu billigen Preisen die Seiden- und

Sammet-Manufaktur von M. M. Catz in Crefeld.

Offertenblatt für die gesammte

Holzbranche (5147)

Der Holzmarkt

Verbreitung in ganz Deutschland.

Expedition Königsberg in Pr.

Beerwald & Soje, Holz-Commissions- u. Sped.-Geschäft.

Herrlich Sydow, Hanßholz 1.

Sprechstunden 9-2 Uhr.

(Auswärts brieflich.) (7090)

Technisches Bureau von

Franz Ballauf, Ingenieur,

Danzig, Krebsmarkt 7.

Fensterung - Fensterglas, praktisch und

wirtschaft, vollständige Rauchverbrennung, billigste Heizungs-

Anlage.

Aufzehrung von Heizern, heftig Er-

zielung rauchloser Verbrennung

auf dem Rothe.

Kesselstein-Lösungsmittel f. jed. Wascher.

Grude-Kocherde mit Schüttelrost.

Brust- u. Lungenleidende

und solche Personen, welche an

Husten, Cataract, Heiserkeit,

Verfischung u. leiden, seien

biermt wiederhol auf die seit

20 Jahren bewährte Vorzüglich-

keit des ächten rheinischen

Trauben-Brust-Honigs

als das reinste, edelste u. natür-

lichste, für Erwachsende wie Kin-

der gleich ange-

nehmlich und zu-

träglichste Mittel,

welches überhaupt geboten wer-

den kann, aufmerksam gemacht.

Zu haben in 3 Blättern preis-

a. 3, 1/4 u. 1, nebst Prospekt

in Danzig bei Richard Lenz

(Haupt-Depot), Brodbänken- u.

Waschtagesschenk-Ecke, J. G. Amort,

Langgasse 4, Magnus Bräde,

Kettwagengasse 1 u. Vorstadt.

Großen - Ecke, in Danzig:

Theodor Bankhoff, in Lauen-

burg; Lemme Nachfl., in Neu-

teich; E. Wienck. (8673)

Pommersche Chamottefabrik

C. Hörring & Co.,

Podejuch bei Stettin,

empfiehlt ihr hochgradig feuerfestes

Material zu soliden Preisen franco

Word oder Wagon Podejuch res-

Stettin. (7023)

Haide-Scheibenhonig

Psd. zweite Waare 55 Mr.

Seim (Speise)-Honig 50 Mr.

Bd. 40 Mr. Butterhonig 40 Mr.

in Schrein 55 Mr. Podejuch gegen Nach-

nahme, en gros billiger Nicht-

passendes nehme umgeh franco zurück.

Sollan, Lüneburger Haide.

E. Dransfeld's Imkerien.

find wieder eingetroffen

8, Brodbänkengasse 8.

Sehr fette schöne Puten

find wieder eingetroffen

8, Brodbänkengasse 8.

Beste Steinkohlen

zur Ofen-Heizung offerirt billig

er Schiff

Ernst Riemeck,

Burgstraße 14/16.

Hôtel Continental-Berlin:

Gründung am 20. Februar 1886.